

E&M daily

DIE TAGESZEITUNG FÜR DEN ENERGIEMARKT

Start-up-Porträt
auf Seite 8

★ TOP-THEMA



Bild: Pixabay

Photovoltaik-Branche fordert: Der Solar-Deckel muss weg!

Einigkeit herrschte auf dem 34. PV-Symposium in Bad Staffelstein: Bleibt der sogenannte „Solar-Deckel“ von 52 000 MW bestehen, geht die Solarbranche erneut schweren Zeiten entgegen.

VON REINHARD SIEKEMEIER

PHOTOVOLTAIK. Majestätisch über dem Maintal thront das ehemalige Benediktinerkloster Banz oberhalb von Bad Staffelstein. Es ist Sitz der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung, im Januar hielt die CSU hier erstmals ihre Winterklausur ab. Schon deutlich länger trifft sich in dem schlossartigen Bau die Photovoltaik-Branche. Bereits zum 34. Mal kamen in diesem Jahr Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Forschung nach Franken, um Status Quo und Zukunft der Solarindustrie zu diskutieren.

Strahlend blau war der Himmel an den drei Tagungstagen, doch die Solarstromer sehen dunkle Wolken am Horizont: bei 46 500 MWp lag die Leistung aller geförderten Anlagen laut Bundesnetzagentur am 31. Januar 2019, ab 52 000 MWp endet die Förderung aus dem EEG. Der Deckel dürfte also höchstwahrscheinlich bereits im Verlauf der aktuellen Legislatur-

periode erreicht werden. Wenn das nahende Förder-Ende einen plötzlichen Run auf PV auslösen würde, könnte es bereits Ende 2019 soweit sein. Das halten langjährige Beobachter des Marktes mit Verweis auf die sogenannten Vorzieheffekte für möglich.

Knapp 3 000 MWp betrug der Zubau 2018. Das Plus von 68 Prozent gegenüber 2017 zeigt zum einen, dass sich der Markt erholt hat, gleichzeitig aber wie volatil die Nachfrage ist. Diese Erholung sieht die Branche massiv gefährdet, viele die Förderung weg.

Zwar erhalten Betreiber für die eingespeiste Kilowattstunde aus Neuanlagen - gestaffelt nach Anlagengröße - aktuell nur noch zwischen 7,76 und 11,63 Cent, die Vergütung wird allerdings auf 20 Jahre garantiert. Damit ist die Förderung immer noch ein Verkaufsar-

Inhalt

EU streitet weiter um langfristige Klimaziele **S. 2**

140 Stunden negative Strompreise in 2018 **S. 3**

Neumünster trennt sich von weiterem Geschäftsführer **S. 4**

Führungswechsel in Frankfurt/Oder **S. 4**

Rolfes bleibt Stadtwerke-Vorstand in Osnabrück **S. 4**

Averdung neuer EEHH-Vorstandschef **S. 4**

Netzbooster sollen Stromversorgung absichern **S. 5**

Rotorblattlager sollen zuverlässiger werden **S. 6**

Grüne Gase in Netzplanung einbeziehen **S. 6**

Investor erhöht Druck: Uniper soll sich unterordnen **S. 7**

VNG will in Sachsen Wasserstoff produzieren **S. 7**

Northvolt wird Volkswagen-Partner **S. 8**

Dena verleiht Start-up-Preis **S. 8**

Vattenfall sichert sich den Trading-Spezialisten Senfal **S. 8**

Gaspreise für Privathaushalte in Deutschland 2005 bis 2019 **S. 9**

Nordrhein-Westfalen baut PV-Nutzung aus **S. 9**

Klimaneutrales Quartier dank Wasserstoff **S. 9**

Windenergieanlagen: Die dunkle Nacht als Ziel **S. 10**

Marktdaten und Marktkommentare **ab S. 11**

E&M daily

gument, bleibt relevant speziell für Privathaushalte und Gewerbebetriebe.

Auf mindestens 10 000 MW im Jahr müssten die Zubauraten bei Photovoltaik und Wind ansteigen, um die Klimaziele 2030 zu erreichen und den Kernenergieausstieg zu kompensieren, sagte Bruno Burger vom Fraunhofer ISE in Freiburg und fachlicher Leiter der Veranstaltung.

Außerdem fehlten 15 000 MW Photovoltaik für eine ausgeglichene Stromerzeugung zwischen Tag und Nacht sowie zwischen Sommer und Winter. Auch diese Installation müsse zusätzlich nachgeholt werden.

Volker Quaschnig von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin hält wegen des verschleppten Ausbaus der Photovoltaik eine 20 000-MW-Solarstrom-Kampagne für nötig. Ziel: Eine Verzehnfachung der installierten

Leistung. Wie dringlich der Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung ist, machte in seinem Festvortrag „Herausforderung Klimawandel: Kosten oder Nutzen teilen?“ Peter Hennicke, ehemaliger Leiter des Wuppertal Instituts deutlich, der kurzfristig für den erkrankten Mojib Latif (GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel) eingesprungen war. Die Diskussion müsse endlich auf die gesamtwirtschaftlichen Vorteile einer Dezentralisierung der Energieversorgung gerichtet werden.

„Netto gewinnen wir 20 Millionen Jobs dazu“, zitierte Hennicke eine Studie der Stanford University. „Das Potenzial ist riesig.“ Gleichzeitig müsse der Primärenergiebedarf um 50% reduziert werden, was technisch absolut möglich sei, da seien sich Energiewendeforscher weltweit einig.

Dabei würden externe Kosten, die in der Debatte über die fossile Energieerzeugung regel-

mäßig vernachlässigt werden, in Milliardenhöhe vermieden. „Klotzen statt kleckern ist meine Botschaft an die Politik“, so Hennicke.

Den Kritikern des Klimaschutzes müsse gesagt werden: „Klimaschutz vermeidet nicht nur extreme Schäden, sondern ist die ökonomische Modernisierungsstrategie par excellence.“

Efficiency first, die Kostenrevolution in Form sinkender Preise für Wind- und Solarenergie und damit gekoppelt der weltweite Trend zur Dezentralisierung sowie nicht zuletzt die Änderung von Lebensstilen seien die Game Changer, um die Klimaschutzziele doch noch zu erreichen.

„Vielleicht entwickelt sich bald ein technisch-sozialer Tipping Point, der den Prozess beschleunigen könnte“, gab Hennicke den Teilnehmern des PV-Symposiums hoffnungsvoll mit auf den Weg.

EU streitet weiter um langfristige Klimaziele

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben ihre Meinungsverschiedenheiten über die Klimaziele der EU auf dem jüngsten Gipfel in Brüssel nicht beigelegt. **VON TOM WEINGÄRTNER**

EUROPÄISCHE UNION. In Brüssel unterstrichen die Staats- und Regierungschefs die Notwendigkeit, global größere Anstrengungen zur Senkung der Treibhausgase zu unternehmen. Darüber soll die EU 2020 entscheiden. Eine Gruppe von Mitgliedsstaaten unter Führung Frankreichs, die weitergehende Festlegungen verlangte, konnte sich nicht durchsetzen.

Nach den Schlussfolgerungen des Rates, die einstimmig beschlossen werden, soll 2020 eine Klimastrategie verabschiedet werden, die auf „Klimaneutralität nach dem Pariser Abkommen“ abzielt und „die Besonderheiten der Mitgliedsstaaten“ ebenso berücksichtigt wie „die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie“.

Die Mitgliedsstaaten werden aufgefordert, ihre nationalen Klimapläne zeitgerecht vorzulegen. Die Regierungschefs unterstreichen, dass die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens neue Chancen für Wachstum und Arbeitsplätze eröffne. Die Vorteile müssten aber „sozial ausgewogen“ verteilt werden. Das Thema soll nun auf dem Gipfel im Juni erneut behandelt werden.

Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron kritisierte die Schlussfolgerungen als „unzureichend“. Seine Regierung erwarte, dass die EU sich das Ziel setze, spätestens 2050 die



„CO₂-Neutralität“ zu erreichen. Der belgische Ministerpräsident, Charles Michel, sprach sich ebenfalls für eine anspruchsvollere Klimastrategie aus. Sie sei vor allem von Polen und Tschechien verhindert worden.

Gleichzeitig warnte Michel davor, die Klimaziele „zum Vorwand für immer höhere Steuern“ zu nehmen und auf „Ängste und Phobien“ zurückzugreifen. Es mache keinen Sinn, „sinistere Szenarien“ zu entwerfen. Es gehe in der Klimapolitik vielmehr darum, mit Innovationen und Unternehmergeist neue Jobs und neuen Wohlstand zu schaffen.

Die Klimalobby bezeichnete die Schlussfolgerungen als das „falsche Signal“. Sie zeigten, dass die Regierungschefs die Verbindung „zur Klimawissenschaft und zu ihren Bürgern“ verloren hätten, sagte der Chef des Dachverbandes des CAN, Wendel Trio.

„Es ist einfach nicht akzeptabel, die gleichen Verpflichtungen immer wieder zu recyclen.“ Frankreich, die Niederlande, die skandinavischen und die iberischen Länder seien bereit gewesen, sich bereits heute zu „Netto-Null-Emissionen bis 2050 zu verpflichten. Das sei auch von Deutschland verhindert worden.“